

Landkreis Teltow-Fläming

Dezernat III
Umweltamt / Untere Naturschutzbehörde

Dienstgebäude: Am Nuthefließ 2

Datum: 17.07.2024
Auskunft: Frau Hintze / Frau Schön / Frau Sommerer
Zimmer: B4.3.05
Telefon: 03371 608 2515
Aktenz.: 41143/24/672

Dezernat IV
A 80 Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
A 80.2 SG Kreisentwicklung
Zinnaer Straße 34
Frau Lehmann, Reiter, Schönberger

Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde zum:

Bebauungsplan Nr. 50 "Ahrensdorfer Heide - weg zum Haltepunkt Ludwigsfelde/ Struveshof/ Straßenbegrünung Rousseaupark" der Stadt Ludwigsfelde

Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB - Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (UP) nach § 2 Absatz 4 BauGB

Meiner Stellungnahme liegen die folgenden am 29.05.2024 im Umweltamt, SG Untere Naturschutzbehörde, eingegangenen Unterlagen zu Grunde:

- Begründung zum Vorentwurf vom (Stand: März 2024)
- Planzeichnung zum Vorentwurf vom (Stand: März 2024)
- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag (Stand: Mai 2024)

☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

☒ **Betroffenheit durch die vorgesehene Planung**

Aus naturschutzrechtlicher Sicht ist momentan die Verwirklichung der beabsichtigten Planung nicht möglich, weil dem Vorhaben rechtliche Vorgaben entgegenstehen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können.

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können

a) Einwendung:

Bei der Bauleitplanung sind grundsätzlich, neben der Betrachtung des Schutzgutes „Arten/ Biotope“ im Rahmen der Eingriffsregelung, die Belange des besonderen Artenschutzes zu berücksichtigen. Es ist seitens des Vorhabenträgers zu prüfen, ob bei der Umsetzung des B-Plans die artenschutzrechtlichen Schädigungs- und Störungsverbote für alle planungsrelevanten europarechtlich geschützten Tier- und Pflanzenarten (Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie sowie die europäischen Vogelarten) gem. § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG eingehalten werden. Dies setzt eine fachlich nachvollziehbare Darstellung des entsprechenden Arteninventars im Planungsraum, eine korrekte Abarbeitung der Eingriffsregelung im Umweltbericht sowie eine artenschutzrechtliche Prüfung (Artenschutzfachbeitrag [AFB]) voraus.

1. Aus den bisher vorgelegten Planungsunterlagen und dem artenschutzfachlichen Beitrag geht nicht hervor ob und in welchem Umfang Baumfällungen sowohl im Wald als auch außerhalb des Waldes vorgenommen werden. Im weiteren Verfahren ist zu konkretisieren, ob und welche Bäume sowohl im als auch außerhalb des Waldes gefällt werden. Wenn durch die Fällung Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen und Höhlenbrütern verloren gehen, sind eingriffsnahe Kompensationsmaßnahmen konkretisieren (Verhältnis 1:3 bei Fledermäusen und 1:2 bei Höhlenbrütern). Zur Fällung vorgesehene Bäume sind dementsprechend auf Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Brutvögeln und Fledermäusen zu untersuchen. Widersprüche im artenschutzfachlichen Beitrag und in der Begründung zum Bebauungsplan sind zu korrigieren.
2. Es ist ein Konzept für die Habitaterweiterung für Zauneidechsen (CEF 1) einzureichen, in dem unter anderem auch die genaue Lage der Fläche eingezeichnet ist. Die Habitaterweiterung für Zauneidechsen (CEF 1) ist als „Fläche oder Maßnahme zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB in den Bebauungsplan aufzunehmen.
3. Im artenschutzfachlichen Beitrag ist zu konkretisieren wie oft und zu welchen Zeitpunkten ein Monitoring erfolgen soll.
4. Die Ergebnisse und daraus abgeleiteten Maßnahmen zur Vermeidung und Kompensation (Kapitel 4 des artenschutzfachlichen Beitrags) sind in den Umweltbericht einzuarbeiten, der in die Begründung zum Bebauungsplan integriert ist.
5. Das Plangebiet ist auf Nester der besonders geschützten Roten Waldameise zu kontrollieren. Die Ergebnisse der Kontrolle sind in den artenschutzfachlichen Beitrag einzuarbeiten.

Eine abschließende fachliche Beurteilung seitens der UNB ist somit noch nicht möglich.

b) Rechtsgrundlage:

§ 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG
§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung:

-

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

1. Untersuchung des Plangebiets auf Nester der Roten Waldameise und Integration der Ergebnisse in den artenschutzfachlichen Beitrag. Ergeben sich im Zuge der Begehungen Hinweise auf Vorkommen weiterer streng geschützter Arten, die bisher nicht erfasst wurden, sind diese in die Prüfung mit einzubeziehen. Im Konfliktfall sind geeignete Vermeidungs- und funktionserhaltende Maßnahmen zu entwickeln und langfristig zu sichern. Lassen sich die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote trotz Schutzmaßnahmenkonzept nicht sicher einhalten, sind die Ausnahmenvoraussetzungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG zu prüfen und darzulegen.
2. Für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB ist gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eine Umweltprüfung (UP) durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht (UB) beschrieben und bewertet werden; die Anlage zum BauGB ist dabei anzuwenden.

Es ist eine Biotopkartierung der brachliegenden Ackerfläche zu erstellen und in den Umweltbericht zu integrieren.

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

Für die artenschutzfachliche Prüfung sind fachgutachterliche Kartierungen folgender Artengruppen nach den aktuellen Methodenstandards erforderlich:

1. Erfassung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Brutvögeln und Fledermäusen in zur Fällung vorgesehenen Bäumen.
2. Waldameisen: Kontrolle auf Nester der hügelbauenden Waldameisen

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen:

-

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

-

4. Weitergehende Hinweise

-

- ☐ **Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den oben genannten Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens:**

-

- ☐ **Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem oben genannten Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und gegebenenfalls Rechtsgrundlage:**

1. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (auch mit Bezug zum besonderen Artenschutz) müssen gemäß § 15 Abs. 4 BNatSchG auch in rechtlicher Hinsicht gesichert werden, da anderenfalls die Gefahr besteht, dass der Eingriff nicht ausgeglichen wird und somit die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege nicht entsprechend § 18 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. § 1a Nr. 3 BauGB berücksichtigt werden. Maßnahmen die einen städtebaulichen Bezug haben und bodenrechtlich relevant sind, können üblicherweise über entsprechende Festsetzungen im Bebauungsplan gesichert werden.

Maßnahmen denen der städtebauliche Bezug bzw. die bodenrechtliche Relevanz fehlt (z.B. Aufhängung von Vogelkästen oder Fledermauskästen, Maßnahmen außerhalb des Bebauungsplangebietes oder zu konkretisierende Ausführungen bezüglich der Flächenpflege und der Erfolgskontrolle) müssen über einen städtebaulichen Vertrag gesichert werden. Bisher liegen keine unterzeichneten städtebaulichen Verträge vor. Da die Eingriffsregelung entsprechend § 18 Abs. 2 BNatSchG abschließend auf der Ebene der Bauleitplanung abzuarbeiten ist, hat der Nachweis über die Sicherung und Kompensationsmaßnahmen also spätestens vor Satzungsbeschluss der Unteren Naturschutzbehörde vorzuliegen.

Eine zusätzliche privatrechtliche Sicherung z. B. durch Grundbucheintrag ist erforderlich und sinnvoll, sofern die Flächen nicht im Besitz des Vorhabenträgers sind. Nur dann können die Maßnahmen auch bei einer denkbaren Weitergabe oder Veräußerung des Grundstücks an Dritte oder bei geplanter Realisierung auf Grundstücken im Eigentum Dritter durchgesetzt werden.

Der städtebauliche Vertrag einschließlich des Maßnahmen- und Pflegekonzeptes sind mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen und spätestens vor Satzungsbeschluss vorzulegen.

Sollte die rechtliche Sicherung bis zum Bauantragsverfahren nicht nachgewiesen sein, besteht die Gefahr, dass es so lange zur Versagung der Baugenehmigung kommt, bis die rechtliche Sicherung der Kompensationsmaßnahmen erfolgt ist.

2. Gemäß § 39 Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 BNatSchG ist es verboten, in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September Bäume außerhalb des Waldes, Hecken, Gebüsche und andere Gehölze abzuschneiden, auf den Stock zu setzen oder zu beseitigen. Das gilt für alle Gehölze, unbeachtet dessen, ob sie gesetzlich geschützt sind oder nicht.
3. Kapitel 5.1.3 des artenschutzfachlichen Beitrags: Die Überschriften sind von „Knoblauchkröte“ in „Kammolch“ zu korrigieren.
4. Kapitel 5.2 des artenschutzfachlichen Beitrags: Die Fehler bei den Textverweisen sind zu korrigieren.
5. Der Abfang von Zauneidechsen aus dem Baufeld darf erst nach Rücksprache mit der Unteren Naturschutzbehörde beendet werden.
6. Die Waldumwandlung einschließlich der Fällung der Bäume, ist nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar zu vollziehen. Zur weiteren Begründung siehe unten. Bäume ab 1 m Stammumfang mit Höhlenangebot (ggf. Abstimmung mit der UNB), dürfen darüber hinaus ganzjährig nur nach Freigabe durch die UNB gefällt werden. Die Fällmaßnahmen werden ggf. seitens der UNB freigegeben, sobald ein entsprechendes Ergebnisprotokoll eines Sachverständigen vorliegt, der die Bäume und Lebensstätten begutachtet hat (per E-Mail ist ausreichend).

Begründung:

Der strenge Lebensstättenschutz des § 44 Absatz 1 Nr. 3 BNatSchG, der jede Zerstörung oder Beschädigung einer Fortpflanzungs- oder Ruhestätte von wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten verbietet, ist zu beachten. Zu den besonders geschützten Arten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG gehören alle heimischen Fledermausarten und alle europäischen Vogelarten, die Bäume insbesondere während des Zeitraums zwischen dem 01. März und dem 30. September zur Anlage von Fortpflanzungsstätten nutzen.

Die Privilegierung der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft des § 44 Abs. 4 BNatSchG kann nicht in Anspruch genommen werden. Die forstwirtschaftliche Bodennutzung verstößt danach nicht gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote des § 44 Abs. 1 und 2 BNatSchG, wenn sie den in § 5 Absatz 2 bis 4 BNatSchG genannten Anforderungen sowie den sich aus § 17 Absatz 2 des Bundes-Bodenschutzgesetzes und dem Recht der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ergebenden Anforderungen an die gute fachliche Praxis entspricht. Zwar dürften Baumfällmaßnahmen im Rahmen einer Waldumwandlung als ordnungsgemäße forstwirtschaftliche Bodennutzung aufzufassen sein. Allerdings schreibt der nach § 44 Abs. 4 BNatSchG zu beachtende § 5 Abs. 3 BNatSchG vor, dass bei der forstlichen Nutzung des Waldes das Ziel zu verfolgen ist, naturnahe Wälder aufzubauen und diese ohne Kahlschläge nachhaltig zu bewirtschaften. Ein hinreichender Anteil standortheimischer Forstpflanzen ist einzuhalten. Wird dieses Ziel erkennbar nicht verfolgt, greift § 44 Abs. 4 BNatSchG nicht ein, falls besonders geschützte Arten verbotswidrig beeinträchtigt werden.

Bäume ab ca. 1m Stammumfang beherbergen oft Höhlen, die von Vögeln oder Fledermäusen ganzjährig als Fortpflanzungs- oder Ruhestätte genutzt werden. Vor der Fällung sind daher auch im Zeitraum zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar faunistische Untersuchungen notwendig, um das Vorkommen ganzjährig genutzter Fortpflanzungsstätten auszuschließen bzw. ggfs. entsprechende Vermeidungs- oder Ausgleichsmaßnahmen festzulegen.

Gem. § 39 Absatz 5 BNatSchG gilt für Bäume und Gehölze außerhalb des Waldes ein Beseitigungsverbot in der Zeit vom 01. Oktober bis 28. Februar. Die Regelung dient dem Schutz von Strukturen, die Vogelarten und anderen Tieren insbesondere während der Fortpflanzungszeit geeignete Lebensmöglichkeiten bieten. Eine Ausnahme von dieser Regelung gilt für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft. Hier geht der Gesetzgeber davon aus, dass die notwendigen Auflagen im Rahmen der Prüfung des jeweiligen Vorhabens von den zuständigen Naturschutzbehörden erlassen werden. Das Ergebnis dieser Prüfung kann keinesfalls weniger streng ausfallen, als die gesetzliche Regelung zum Schutz von Einzelgehölzen, da größere zusammenhängende Baumbestände in aller Regel bessere Fortpflanzungs- und Lebensmöglichkeiten bieten als einzelne Gehölze oder Bäume. Durch die Genehmigung der Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart für ein Bauvorhaben durch die Forstbehörden verlieren die Bäume darüber hinaus ihre Waldeigenschaft, sodass auch aus dieser Sicht eine analoge Anwendung des § 39 Absatz 5 BNatSchG folgerichtig ist. Des Weiteren ist es methodisch in waldartigen Baumbeständen kaum möglich, sicher auszuschließen, dass Fortpflanzungsstätten besonders geschützter Arten vorhanden sind, sodass eine Genehmigung zur Fällung von Waldbäumen auch aus dieser Sicht in dem genannten Zeitraum nicht möglich ist.

7. Die Beleuchtung entlang des geplanten Fuß- und Radwegs ist insektenfreundlich zu konzeptionieren. Bitte orientieren Sie sich diesbezüglich an der Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014. Ich bitte Sie zudem zu prüfen, ob eine bedarfsorientierte Beleuchtung (z. B. automatisches Einschalten des Lichts bei Annäherung von Personen mittels Sensor und automatisches Ausschalten zwei Minuten nach Passage, Abschaltung während der Randzeiten) genutzt werden kann.

8. Folgende Texte ist unter Hinweise in die Planzeichnung und die Begründung zu übernehmen:

„Vor der Umsetzung von geplanten Bauvorhaben im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 50 „Ahrensdorfer Heide – Weg zum Haltepunkt Ludwigsfelde-Struveshof / Straßenbegrünung Rousseaullee“ sind bereits frühzeitig in der Planungsphase bei der Unteren Naturschutzbehörde artenschutzrechtliche Genehmigungen einzuholen.“

„Die Baufeldfreimachung und Fällung von Gehölzen muss in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar erfolgen, um eine Beeinträchtigung von Vögeln während der Brutzeit, die Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Vögel sowie der Entwicklungsformen (Eier, Jungvögel) zu vermeiden. Vor Beginn der Bautätigkeit sollte eine nochmalige Kontrolle der zu entnehmenden Gehölze auf Nist- und Ruhestätten – auch bezüglich des Eichhörnchens – erfolgen.“

9. Die langfristige Unterhaltung der geplanten Entwässerungsgräben ist so zu planen, dass Konflikte mit dem Artenschutz vermieden werden.

10. Flächennutzungsplan (FNP)/Landschaftsplan (LP)

Grundsätzlich sind auf der Ebene der Bauleitplanung die örtlichen Ziele, Maßnahmen und Erfordernisse des Naturschutzes und der Landschaftsplanung (§§ 9 ff BNatSchG) konkret darzustellen. Für den Bereich des Bauleitplanes liegt ein Landschaftsplan (LP) vor, der Teilflächen als Grün- bzw. Waldflächen dargestellt.

Insofern demnach zur Entwicklung des Plangebietes eine FNP-Änderung erforderlich ist, wäre auch der LP als räumlicher Teilplan fortzuschreiben.

11. Die Ersatzaufforstung im Rahmen des Waldumwandlungsverfahrens ist im Naturraum Mittlere Mark umzusetzen.

12. Innerhalb des Geltungsbereichs dieses Bebauungsplans gilt die Verordnung des Landkreises Teltow-Fläming zum Schutz von Bäumen als geschützte

Landschaftsbestandteile. Bäume, die gemäß § 1 BaumSchVO TF geschützt sind und nicht dem Wald zugeordnet werden, sind möglichst zu erhalten und vor Beschädigungen zu bewahren. Bauvorhaben sind technisch so umzusetzen, dass Bäume möglichst erhalten werden. Sollte die Fällung von Bäumen zur Umsetzung von Bauvorhaben erforderlich sein, ist ein Antrag auf Maßnahmen im Baumbestand zu stellen und den Bauantragsunterlagen beizufügen.

Mit freundlichen Grüßen

B. Paul
SG-Leiterin

Gesetzliche Grundlagen - Fundstellen der zitierten Gesetze und Verordnungen

BNatSchG

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I Nr. 51 S. 2542), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240), geändert durch Viertes Gesetz zur Änderung des BNatSchG vom 14.12.2022

LWaldG

Waldgesetz des Landes Brandenburg vom 20. April 2004 (GVBl. I S. 137), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 30. April 2019 (GVBl. I/19, Nr. 15)

BauGB

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2023 (BGBl. I S. 394) m. W. v. 01.01.2024 (BGBl. I S. 184)

BaumSchVO TF

Verordnung des Landkreises Teltow-Fläming zum Schutz von Bäumen als geschützte Landschaftsbestandteile (Baumschutzverordnung Teltow-Fläming – BaumSchVO TF vom 10. Dezember 2013 (Amtsblatt des Landkreises Teltow - Fläming Nr. 39 S. 3 vom 17. Dezember 2013), zuletzt geändert durch die „Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landkreises Teltow- Fläming zum Schutz von Bäumen als geschützte Landschaftsbestandteile (Baumschutzverordnung Teltow-Fläming – BaumSchVO TF)“ vom 23. Februar 2017 (Amtsblatt Landkreis Teltow-Fläming, Nr. 5 vom 28. Februar 2017, S. 9)